

LEITARTIKEL

Zu langsam und zu wenig

Westliches Zögern bei Waffenlieferungen an die Ukraine spielt Russland in die Hände



CAN MERY
ksta-politik@
kstamedien.de

Der Frontverlauf in der Ukraine spricht eine deutliche Sprache. Die ukrainischen Streitkräfte haben bei ihrer seit Juni laufenden Gegenoffensive gegen die russischen Besatzer bislang nur minimale Fortschritte erzielt – und das bei schweren Verlusten. Die „New York Times“ hat errechnet, dass seit Jahresbeginn insgesamt weniger als 1290 Quadratkilometer Territorium in der Ukraine von einer Kriegspartei an die andere gegangen sind. Das entspricht in etwa der halben Fläche des Saarlands. Die ukrainische Offensive kommt auch deswegen kaum voran, weil Entscheidungen über Waffenlieferungen aus dem Westen zu zögerlich getroffen werden. Das vorläufige Nein der Bundesregierung zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern ist das jüngste Beispiel dafür.

„Je schneller die Ukraine Erfolg hat, desto eher enden der Krieg und das Morden

Es stimmt: Deutschland und Europa müssen sich mit ihren Hilfen für Kiew nicht verstecken. Die USA bleiben zwar die größte Waffenlieferant, die Bundesrepublik steht aber längst an zweiter Stelle. Fasst man militärische, humanitäre und finanzielle Unterstützung zusammen, liegen die EU-Institutionen sogar mit Abstand vor den Vereinigten Staaten. Die Ukrainer sind Deutschland außerdem dankbar für die Hilfe bei der Luftabwehr. Die Namen von Systemen wie Iris-T oder Gepard sind in den von russischen Luftangriffen terrorisierten Städten gängig. Wahr ist aber auch: Trotz der westlichen Waffenhilfen sieht man entlang der rund 1000 Kilometer langen aktiven Frontlinie in der Ukraine vor allem sowjetisches Kriegsgesicht.

Deutschland hilft. Doch was die Bundesregierung am Ende konkret erreichen will, ist nicht wirklich klar. Folgt man Kanzler Olaf Scholz

(SPD), dann geht es darum, dass Russland den Krieg nicht gewinnen darf. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) formulieren, die Ukraine müsse den Krieg gewinnen. Das ist ein Unterschied. Die internationale Unterstützung befähigt die Ukraine derzeit zwar, einen Sieg Russlands zu verhindern und den Besatzern Widerstand zu leisten. Wenn das Ziel aber ein ukrainischer Sieg – also eine Vertreibung der Besatzer – und ein rasches Ende des Krieges sein sollen, dann hilft der Westen immer noch zu langsam und zu wenig.

Natürlich muss der Kanzler Entscheidungen wie die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern sorgsam abwägen. Und natürlich darf er der Bevölkerung nicht das Gefühl vermitteln, vorschnell oder gar fahrlässig zu handeln – zumal zuletzt in Umfragen eine Mehrheit gegen die Lieferung der Marschflugkörper gewesen ist. Klar ist aber auch, dass jede Verzögerung westlicher Waffenlieferungen Russland nützt. Womöglich wäre die Gegenoffensive deutlich weiter fortgeschritten, hätte die Ukraine früher westliche Kampfpanzer erhalten – und verfügte sie jetzt bereits über F-16-Kampfflugzeuge. Je schneller die Ukraine Erfolg hat, desto eher enden der Krieg und das Morden. Am Donnerstag musste die Ukraine den Tod von Dutzenden Menschen beim russischen Beschuss eines Cafés im Osten des Landes melden.

Kommt die Offensive nicht voran und bleibt es beim Abnutzungskrieg, könnte das die westliche Unterstützung für die Ukraine schwächen, die schon jetzt zu bröckeln begonnen hat. Alarmierende Signale kommen aus den USA, aber auch aus Ungarn und der Slowakei. Putin dürfte sie mit Freude sehen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj rief daher nun beim Gipfeltreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Granada eindringlich zur Einheit auf. Seine Kernbotschaft: „Wir müssen sicherstellen, dass die Ukraine gewinnt.“ Eine Botschaft, die sich die Bundesregierung zu eigen machen sollte.

KOMMENTAR

Noch Hoffnung für Ford-Werk

Investor bricht Gespräche zum Erhalt von Saarlouis ab



CORINNA SCHULZ
corinna.schulz@
kstamedien.de

Mehr als 15 Monate hat die Ford-Besatzung in Saarlouis darum gebangt, wie es am Standort weitergeht. Nun gibt es bittere Gewissheit: Der Investor, der seit Sommer als Hoffnungsträger für eine Übernahme des Werkes und seiner 4400 Beschäftigten galt, ist abgesprungen. Das ist zutiefst traurig für die Betroffenen und ihre Familien.

Über die Gründe für den abrupten Abbruch der Gespräche durch den – dem Vernehmen nach – chinesi-

„Wird die Mitgift für den Erhalt teurer als die Schließung, ist die Entscheidung klar

schen Investor kann bislang nur spekuliert werden. Dazu soll es nun weitere Gespräche geben. Immerhin.

Sollte es sich um einen rein verhandlungstaktischen Zug handeln, gibt es noch Hoffnung. Dabei muss dann allerdings das Angebot des Landes und des Unternehmens wohl noch üppiger ausfallen. Bislang

zeigt sich das Saarland erwartungsgemäß spendabler als Ford. Hier zählt, was sich rechnet. Wird die Mitgift für den Erhalt teurer als die Schließung, ist die Entscheidung klar. Durchaus denkbar ist, dass der Investor noch mit einem zweiten Standort im Osten Europas verhandelt. Wie unterschiedlich Regierungen im vereinten Europa trotz eigentlich strenger Beihilferichtlinien Subventionen verteilen, hat sich in der Vergangenheit schon mehrfach gezeigt. Wie viel Spielraum auch immer noch drin sein mag, Fakt nach derzeitigem Stand ist: Wieder sind Tausende Jobs auch bei den umliegenden Zulieferbetrieben bedroht, und eine Werkschließung würde den Automobil- und Industriestandort Deutschland weiter schwächen. Die IG Metall zeigt schon Kampfbereitschaft und könnte gute Karten haben. In Saarlouis werden derzeit mit dem auslaufenden Focus die einzigen Ford-Autos in Deutschland gebaut. Der Kölner Fiesta ist Geschichte, die Markteinführung des E-Explorers verzögert sich. Ein Arbeitskampf könnte Ford Deutschland also empfindlich treffen.



Thomas Plaßmann

GASTBEITRAG

Digitale Zeitdiebe an der Schule

Smartphones und Spielekonsolen lassen wesentliche Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen verkümmern



MICHAEL FELTEN
arbeitet nach langem
Lehrerleben als freier
Schulentwicklungsberater in Köln.
Im Verlag Reclam erschien
2020 sein Buch
„Unterricht ist Beziehungssache“

Im vergangenen Jahr gab es eine Nachricht, die nachhaltig verstören müsste: Die Schulleistungen von Grundschulern haben seit 2011 stark nachgelassen. Jeder vierte Viertklässler kann nicht richtig lesen, so der Befund der internationalen IGLU-Studie. Viertklässler!

An dieser Lage hat sich seither nichts verändert. Sie ist und bleibt schlichtweg katastrophal. Klar, einiges geht auf das Konto von Corona, einiges hapert bei Integration und Inklusion. Aber es gibt noch etwas anderes, über das man kaum spricht. Tatsächlich fällt der schulische Rückfall von Viertklässlern auffällig zusammen mit dem Siegeszug des Digitalen in Freizeit und Kommunikation. Zum diesjährigen Weltlehrertag ist deshalb vor allem ein Appell wichtig: Liebe Eltern, bitte helft den Lehrern!

Nein, nicht beim Erklären oder Üben – das ist Pädagogen-Job. Aber die Mütter und Väter könnten mithelfen, dass Schülerinnen und Schüler sich überhaupt einigermaßen konzentrieren können, aufs Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Immer mehr Kinder verbringen nämlich immer mehr Zeit mit digitalen Geräten, von Spielkonsolen bis hin zu Smartphone und Co. Dabei sind sie zwar schön ruhiggestellt, verlernen es aber, komplexere fremdbestimmte Aneignungsprozesse durchzustehen. Natürlich

Kind fehlt in solchen Situationen das, was Verhaltensforscher wie Michael Tomasello „geteilte Aufmerksamkeit“ nennen – und was für eine gesunde Entwicklung als existenziell gilt.

Der digitale Raum bietet wunderbare Werkzeuge für verschiedenste, ist aber für die Entwicklungsjahre eine äußerst heikle Sphäre. Und zwar weit über die Irritationen durch Sex und Crime hinaus, welche die niedersächsische Digitalbotschafterin Silke Müller kürzlich in ihrem Bestseller „Wir verlieren unsere Kinder“ eindrucksvoll beschrieb. Es ist wie in Michael Endes Geschichte von Momo, in der ein unerschrockenes Mädchen mit den Grauen Herren kämpft – Wesen, die den Menschen ihre Zeit stehlen und sie damit abhängig machen. Die heutigen Zeitdiebe heißen Smartphone und Gaming-Konsole. Eltern müssen heute also ein bisschen Momo sein: Dafür sorgen, dass unsere Kinder nicht hilflos dem digitalen Dauerfeuer ausgeliefert sind; dass sie noch genug Zeit für analoges Lernen haben, bei dem alle Sinne angesprochen werden. Viele Erwachsene scheuen sich allerdings einzugreifen, wollen nicht altmodisch sein, es sich nicht mit ihren Kindern verderben.

Aber da muss man durch. Und man kann die 3-6-9-12-Faustregel des französischen Psychologen Tisseron anwenden und weitersagen: Kein Fernsehen unter drei Jahren, keine eigene Spielkonsole vor dem sechsten Geburtstag, Internet mit neun und soziale Netzwerke erst ab zwölf. In den USA plädieren Elternverbände mittlerweile gar für „Wait until eighth!“ – Wartet mit Smartphones bis zur 8. Klasse! Das hört sich für manche unmöglich, für andere unmenschlich an – aber es täte unseren Kindern gut. Sogar ältere Internetschüler waren letztlich dankbar, als man ihnen den Gebrauch des Smartphones auf dem Campus verbot – weil sie dann mehr miteinander machen konnten.

Zum Schluss dann doch noch ein Wort auch an die Lehrer. Auch sie sollten das Digitale nicht überschätzen. Ein digital gestützter Anfangsunterricht birgt erhebliche Risiken, so der jüngste Faktencheck der Mercator-Stiftung. Deshalb tritt ein Vorzeigeland wie Schweden in Sachen Digitalisierung neuerdings merklich auf die Bremse. Könnte nicht auch bei uns der nächste Elternabend in der Sekundarstufe den Punkt „Digitalrisiken“ behandeln, ob nun in Klasse 1 oder in Klasse 6?

„Eltern müssen heute also ein bisschen wie Michael Endes Momo sein: Dafür sorgen, dass unsere Kinder nicht hilflos dem digitalen Dauerfeuer ausgeliefert sind

leiden auch Bewegung, Sprachentwicklung und motorische Reifung. Dies zeigte schon 2017 die BLIKK-Studie, eine empirische Querschnittsanalyse mit 5573 einbezogenen Kindern und Jugendlichen aus 79 Kinder- und Jugendarztpraxen.

Und dann ist da noch etwas. Unter der digitalen Ägide verkümmert auch das, was man fürsorgliche Aufmerksamkeit der Erwachsenen nennt. Eine systematische Untersuchung an der IPU Berlin hat es kürzlich belegt: Wenn Eltern portable digitale Geräte nutzen, reagieren sie weniger feinfühlig und responsiv auf ihre Kinder. Dieser Beziehungsmangel infolge elterlichen Abgelenktseins führt tatsächlich zu sogenannten Selbstregulationsstörungen der Kinder: Auch sie lassen sich leichter ablenken, können externe Anforderungen schlechter bewältigen.

Das ist übertrieben? Stellen wir uns doch einmal kurz vor, wie einer der kürzlich getesteten Viertklässler aufgewachsen sein mag. Er oder sie wurde um 2011 geboren, die jungen Eltern könnten durchaus schon ein Smartphone besessen haben. Dann war die Mutter vielleicht bereits beim Stillen mit Whatsapp-Nachrichten beschäftigt, anstatt mit Blickkontakten und Erzählen. Wenn Papa mit dem Jogger-Buggy unterwegs war, fehlte dem Baby die Mimik des Vaters, es bekam nur flüchtige Eindrücke von der Welt mit. Schon bald könnten die jungen Eltern ihrem Sohn oder ihrer Tochter ein digitales Spielgerät in die Hand gedrückt haben, „damit sich das Kind später besser zurechtfindet in einer Welt voller IT“. Spätestens mit zwei ging's dann ab in die Kita. Aber auch dort wurde zu wenig gesprochen, waren die Kontakte mangels Personal oft oberflächlich.

Bei den gemeinsamen Mahlzeiten am Abend oder auf Wochenendausflügen wird das Kind immer öfter erlebt haben, dass seine Bezugspersonen irgendwie absorbiert waren. Ständig hatten sie was zu googeln, etwas zu posten, irgendwem Echo zu geben. Dem



Kinder verbringen nämlich immer mehr Zeit mit digitalen Geräten. Foto: imago images/Sven Simon

KOMMENTAR

Vergiftetes Klima

Nach angeblichen Angriffen auf die AfD-Chefs bleiben Zweifel

JAN STERNBERG

Der Ton im bayerischen Landtagswahlkampf war ohnehin schon vergiftet. Wenige Tage vor dem Wahlsonntag sind nun neue irritierende Nachrichten hinzugekommen. Beide AfD-Partei-Chefs – erst Alice Weidel, dann Tino Chrupalla, könnten von mutmaßlich politisch motivierter Gewalt betroffen sein. Viele Details sind in beiden Fällen noch unklar. Eines aber kann, eins muss jetzt ohne alle Einschränkungen festgestellt werden: Gewalt, Drohungen, Attacken dürfen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung im Wahlkampf werden. Egal, gegen wen es geht.

Vertreter einer Partei, die Hass schürt und Ausgrenzung befördert, sollten immer und überall auf Widerspruch treffen, im Parlament ebenso wie auf der Straße. Gegenkundgebungen bei AfD-Wahlkampfveranstaltungen sind Bürgerpflicht für die Verteidiger einer demokratischen Gesellschaft. Aber zu dieser demokratischen Gesellschaft muss es auch gehören, dass Politikerinnen und Politiker zugelassener Parteien unverehrt auftreten können und dass sie in ihrem privaten Bereich vor Übergriffen und Drohungen sicher sind.

„Die Behörden können Chrupallas Angaben nicht bestätigen

Eigentlich müsste man als aufrechter Demokrat ausrufen: Solidarität mit Weidel und Chrupalla! Doch die AfD sorgt selbst dafür, dass Zurückhaltung vor solchen Bekenntnissen geboten, Zweifel und Vorsicht angebracht sind. Nachdem Weidel eine Veranstaltung abgesagt hatte, wurde eine Schalte mit ihr „aus dem Sa-fehouse“ angekündigt. Weidel und ihre Familie, die zwei Wochen wegen einer möglichen Drohung aus dem Haus gebracht wurden, weilten da in den Herbstferien auf Mallorca. Bei Chrupalla spricht die AfD von einem „tätlichen Vorfall“ und einer „Einstichstelle“, was die Behörden beides nicht bestätigen können.

Chrupalla ist gute Besserung zu wünschen. Doch auch die politische Kultur in Deutschland braucht dringend eine Erholung.



KÖLN STADT-ANZEIGER MEDIEN
Ein DuMont Unternehmen
KÖLN
Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f., Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.
Chefredakteur: Carsten Fiedler
Stellvertreter: Dr. Sarah Bräse, Martin Dawidietz.
Geschäftsführer: Christian Hummel.
Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).
Chefredakteur: Joachim Frank.
Region: Michael Greuel; Veit Ellerbrock (Head of Digital)
Köln: Tim Attenberger.
Landeskorrespondent: Gerhard Voigt (Leitender Redakteur).
Newsteam: Kendra Stenzel; NRW/Story: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Loe; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meynsner; Chefreporter: Peter Berger, Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Florian Summerer. Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.
Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH. GF: Marco Fenske.
Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Kai Doemens; Brüssel: Damir Fräs; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer.
Nachrichtengeneratoren: dpa, apf, sid, kna
E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@kstamedien.de
Fax Redaktion: 0221 / 224 2524.
Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.
Verlagsgeschäftsführer: Mirco Striewski.
Das Bezugslohn enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.
Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 01. Januar 2023 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332
E-Mail: abo-kundenservice@tageszeitung.koeln
Anzeigen-Service
Verantwortlich: Dr. Simon Geisler, Oliver Sieger.
Tel. 0221 / 92586410, Fax 02 21 / 224-24 91
E-Mail: anzeigen@tageszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.
Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de